

**Ergebnisprotokoll
der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie vom 13.03.2014**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Frau Metschies
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Meinke in Vertretung für Herrn Hipp
Herr Imhoff
Herr Rohmeyer in Vertretung für Herrn
Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Werner in Vertretung für Herrn
Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünneemann	Der Senator für Umwelt, Bau und
Frau Zimmermann	Verkehr
Frau Kleemann	
Herr Polzin	
Frau Gerber	
Frau Dr. Ortmann	
Herr Viering	
Frau Kamp	
Herr Musiol	
Herr Mohr	
Herr Dr. Lampe	
Frau Paas	
Herr Mathia	
Herr Richts	
Frau Köhnlein	
Frau Riesner-Kabus	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Frau Gerken	
Frau Pieper	ASV

III Gäste

Herr Blanke	Beiratssprecher Huchting
Herr van der Kelch	CTIB

IV Gastdeputierte

Herr Saxe	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Sulimma	SPD-Fraktion
Herr Liess	SPD-Fraktion
Herr Rohmeyer	CDU-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/30 der Sitzung am 06.02.2014)	
--------------	---	--

Frau Metschies bittet um Korrektur der sie betreffenden Anrede.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Herr Jägers bittet, den Punkt 71 der Liste „Asbesthaltige Spachtelmassen und Fliesenmörtel“ in einer staatlichen Sitzung zu behandeln.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Entfristung von bau- und enteignungsrechtlichen Vorschriften sowie der Baumschutzverordnung -FB 01- / -30-	Vorlage 18/345
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt dem vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Änderung von bau- und enteignungsrechtlichen Vorschriften sowie der Baumschutzverordnung zu und ist mit der Weiterleitung über den Senat an die Bremische Bürgerschaft (Land) einverstanden.

Einstimmig

TOP 5	Neue EU-Förderperiode 2014 – 2020 „Programmierung Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ -1-	Vorlage 18/358
-------	--	-------------------

Frau Dr. Schierenbeck bittet darum, in die Vorlagen zu den einzelnen Projekten die CO₂-Einsparungen jeweils zu benennen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die im Anhang beigefügte Senatsvorlage „Neue EU-Förderperiode 2014 – 2020 - Programmierung Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ zur Kenntnis.

TOP 6	Strukturkonzept Land Bremen 2020 - Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020 - -2-	Vorlage 18/360
-------	---	-------------------

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die in der Anlage beigefügte Senatsvorlage „Strukturkonzept Land Bremen 2020 – Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020“ zur Kenntnis.

TOP 7	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Hochwasserschutzpolder zwischen Senator-Apelt-Straße und Neustädter Hafen“ in der Stadtgemeinde Bremen -3-	Vorlage 18/341
-------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer ist sehr erfreut über die Vorlage. Der Hochwasserschutzpolder habe nicht nur eine wichtige Funktion bei Überschwemmungen, weil er das GVZ und große Gebiete in Bremen-Stadt vor Hochwasser schütze, sondern auch viele naturschutzfachliche Aspekte. Es werde ein sehr großer Teil unter Naturschutz gestellt, mit dem Kompromiss, eine Fläche für eine Zuwegung frei zu halten. Dies sei auch vertretbar, da dadurch die LKW eine deutlich kürzere Strecke zum GVZ fahren müssten, wodurch auch CO₂ eingespart werde. Andere Aspekte wie Landwirtschaft und Jagd würden nach wie vor ermöglicht werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** erklärt **Herr Musiol**, dass im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung dort mit Traktoren gefahren werden dürfe.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt das Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Erlass der Naturschutzgebietsverordnung „Hochwasserschutzpolder zwischen Senator-Apelt-Straße und Neustädter Hafen“ im Stadtteil Häfen in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Entwurf der Verordnung mit Karte dem Senat zur Beschlussfassung zuleitet.*

Einstimmig

TOP 8	Finanzierung der Mehrkosten im dritten Bauabschnitt der Straßenbahnlinie 4 von Bremen-Borgfeld bis Lilienthal-Falkenberg -5-	Vorlage 18/359	L/S
--------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den aktuellen Sachstand zu den Mehrkosten des Projektes Straßenbahnverlängerung Linie 4 von Bremen-Borgfeld nach Lilienthal zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der dargestellten Finanzierung der Mehrkosten entsprechend der Vorlage zu.

Einstimmig

TOP 9	Berichte der Verwaltung		
TOP 9a)	Ersatzbau BW 442 Heinrich-Plett-Allee unter Beachtung der geplanten Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting - ASV -	BdV schriftlich	L/S

Herr Blanke berichtet, dass die Huchtinger befürchten würden, dass der LKW Verkehr während der Bautätigkeit möglicherweise über die Kirchhuchtinger Landstraße geführt werde, was für die dort wohnende Bevölkerung nicht hinnehmbar sein werde. Seit einigen Jahren sei die Eckverbindung A281/ B75 fertig gestellt und es bestehe kein Anlass mehr, die LKW-Nutzung auf den westlichen Teilstücken in Huchting für den Durchgangsverkehr aufrecht zu erhalten.

Frau Pieper sagt zu, das Verkehrslenkungskonzept mit dem Beirat abzustimmen.

Herr Polzin weist darauf hin, dass die Beiräte aufgefordert seien, zur Überarbeitung des LKW-Führungsnetzes Stellung zu nehmen. Das LKW- Führungsnetz werde voraussichtlich früher umgesetzt werden als der Brückenbau und insofern könne in der Stellungnahme bereits darauf eingegangen werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9b)	Abgeschlossene Vertragsanpassung des Rahmenvertrags III mit BREKOM zur Änderung der Kostenstruktur -1-	BdV schriftlich	L/S
----------------	---	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9c)	PFAU-Programm -2-	BdV schriftlich
---------	-----------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 9d)	Bericht zum Stauplan des Lesum- und des Ochtumsperrwerkes -3-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Imhoff stellt fest, dass ohne seine Nachfrage nicht bemerkt worden wäre, dass die Staupläne für das Ochtumsperrwerk geändert worden waren. Er möchte wissen, wie damit weiter umgegangen werde und welche Gründe die Änderung durch Niedersachsen habe.

Frau Dr. Schaefer regt an, zu prüfen, ob es möglich wäre, zumindest in bestimmten Situationen gerade im Winter zumindest kurzfristig bei Sturmflut diese Überschwemmungsgebiete stärker zu nutzen.

Herr Musiol erklärt, dass die drei Sperrwerke, das Lesum- Ochtum- und Huntesperrwerk ein abgestimmtes System bilden. Bei der Planfeststellung dieser drei großen Küstenschutzbauwerke habe man verabredet, dass der Betrieb dieser Sperrwerke immer nur in Abstimmung der Länder untereinander beschlossen bzw. geändert werden könne. Diese abgestimmten Staupläne seien nun einseitig von Niedersachsen, das Ochtumsperrwerk betreffend, geändert worden. Niedersachsen solle schriftlich aufgefordert werden, den abgestimmten Stauplan wieder in Kraft zu setzen. Grundsätzlich sei Bremen offen für Veränderungen. Diese müssten aber den Landesinteressen Rechnung tragen und abgestimmt sein. Tatsächlich liegen hinter den drei Zuflüssen der Weser gewaltige Retentionsräume. Die Philosophie beim Bau dieser Sperrwerke war, dass dieses Retentionspotenzial eben gerade nicht genutzt werden sollte. Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Generalplans Küstenschutz im Jahr 2007 sei Bremen gemeinsam mit Niedersachsen zu der Überzeugung gekommen, dass, auch aus wirtschaftlichen Gründen, bis auf weiteres an diesem System festgehalten werde. Aber mittelfristig könne die Systemfrage im Zusammenhang mit der Aufstellung eines neuen Generalplans gemeinsam mit Niedersachsen erneut diskutiert werden. Was die Sicherheit des Weserstadions angehe, zeichne sich in den Gesprächen inzwischen eine Möglichkeit ab, zu einem Handlungspaket zu kommen, das für das Weserstadion einen angemessenen Schutz biete.

Herr Imhoff bittet darum, erneut zu berichten, wenn bekannt sei, welchen Grund Niedersachsen für die Änderung gehabt habe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (Land) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9e)	1. Umsetzung des Wohnraumförderungsprogramms 2012/2013 2. Entwicklung der Baugenehmigungen -73-	BdV schriftlich	L/S
---------	---	--------------------	-----

Frau Gerken erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Herr Pohlmann führt aus, dass mit diesem Wohnraumförderungsprogramm der Bereich des bezahlbaren Wohnraums vorankomme. Mit dem Beschlussvorschlag solle die Förderung von studentischem Wohnen einbezogen werden. Bremen liege bei der Versorgung mit

Studentenwohnungen fünfzig Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Dass teure Studentenwohnungen an der Uni zur Hälfte leer stünden und dort nach anderen Nutzern gesucht werde, zeige, dass es notwendig sei, für Studierende bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Herr Arndt stellt fest, dass das Wohnraumförderungsprogramm zumindest einen Schritt vorwärts sei. Es blieben aber noch genug Wohneinheiten, die umgesetzt werden müssten. Es werde zu wenig gemacht. In Bremerhaven seien gerade mal drei Projekte in der Modernisierung gefördert. In Bremen-Stadt gehe es nur um Neubau. Nur mit Neubau würden jedoch die gesetzten Ziele nicht erreicht werden können.

Frau Dr. Schierenbeck möchte im Zusammenhang mit dem studentischen Wohnen wissen, was in dieser Hinsicht im Postamt 5 geplant sei.

Herr Imhoff kritisiert, dass in diesem Wohnraumförderungsprogramm eine Förderung für Familien fehle.

Herr Jägers weist darauf hin, dass der Wohnungsmarkt in Bremerhaven völlig anders sei als in Bremen. Dort gebe es 34.000 leere Wohnungen, die jedoch nicht mehr alle bewohnbar seien. Deswegen gebe es dort auch ein Abrissprogramm. Es sei klar, dass weitere Projekte entwickelt werden müssten.

Frau Prof. Dr. Reuther erläutert, dass es für das Postamt 5 einen Planaufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gebe. Die Gleishalle des Postamts 5 solle für ein studentisches Wohnprojekt vorbereitet werden. Es gehe um eine Größenordnung von 300 Plätzen bzw. Appartements in Verbindung mit einem Boarding- House. Bezogen auf das Wohnen sei dies kein einfacher Standort. Appartements könnten aber auch einseitig organisiert werden und damit eine Baustruktur gefunden werden, die Wohnnutzung möglich mache. Weil dies ein städtebaulich wichtiger Ort sei, werde ein Wettbewerb durchgeführt. Auf Nachfrage von **Herrn Pohlmann** erklärt Sie, dass das Gebäude einem privaten Investor gehöre, der dieses Wohnprojekt entwickeln werde. Mit dem Studentenwerk müsse noch gesprochen werden. Die Bezahlbarkeit der Wohnheimplätze bzw. Appartements sei dabei ein Thema.

Frau Gerken erklärt, dass Modernisierungsmaßnahmen in Bremen auch gefördert werden könnten. Es lägen aber keine Anträge dazu vor, im Gegensatz zu Bremerhaven. Ob Eigenheime oder Wohnungen gefördert werden sei eine Grundsatzentscheidung. Es sei solle jedoch versucht werden, auch für Familien attraktive Wohnungen zu fördern und zu bauen.

Herr Viering führt aus, dass 1.300 Wohneinheiten pro Jahr fertiggestellt werden sollten, um das Ziel von 40.000 neuen Wohneinheiten bis 2020 zu erreichen. Dieses Ziel werde voraussichtlich auch in diesem Jahr erreicht. Die genauen Fertigstellungszahlen für 2013 lägen noch nicht vor, würden aber in Kürze erwartet. Auf Bitte von **Herrn Pohlmann** sagt er zu, diese der Deputation zur Kenntnis zu geben.

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** erklärt er, dass die genehmigten WE für die Jahre 2010 bis 2012 nicht automatisch mit den Baufertigstellungen gleich zusetzen seien. In den letzten Jahren habe es unvollständige Erfassungen der Fertigstellungen gegeben, die vor Ort nacherhoben werden mussten und im Mittel für die Jahre 2010 bis 2012 bei gut 1.300 Fertigstellungen lägen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, bis zum Sommer ein neues Wohnraumförderungsprogramm zu erarbeiten.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L), bittet den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr, dazu ergänzend die Förderung von studentischem Wohnen im zukünftigen Wohnraumförderungsprogramm vorzusehen.

einstimmig

NACH- TRAG TOP 9f)	Förderprogramm des Landes Bremen „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ – Klärung offener Fragen zum Bericht an den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen - 2-	BdV schriftlich
-----------------------------------	---	--------------------

Herr Gottschalk stellt fest, dass sich der Bericht sehr dezidiert dafür ausspreche, die Freiwilligkeit der Beratungsleistung bei der Förderung beizubehalten. Es werde verwiesen auf das breite Bündnis und das breite Angebot, die Zahl der Beratungen und dass dies der Praxis der Mehrheit von anderen Städten entspreche. Dies könne man akzeptieren. Er regt an, nach einiger Zeit zu überprüfen, ob sich die genannten Indikatoren weiter positiv entwickeln würden und die Erfahrungen der Beratungseinrichtungen mit in eine solche Auswertung einfließen zu lassen. Er möchte wissen, wann mit einem Ergebnis der Prüfung zur Frage der möglichen Umwandlung der Zuschüsse in Darlehen gerechnet werden könne.

Frau Kamp geht davon aus, dass dies bis zu den Sommerferien der Fall sein sollte. Die Deputation werde über die Ergebnisse dieser Prüfung informiert. Das Wärmeschutzprogramm werde evaluiert, da die Anzahl der gestellten Förderanträge zurückgegangen sei, auch damit werde die Deputation begrüßt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 10	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Zu diesem TOP liegen keine Beiträge vor.

Herr Pohlmann schließt die 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender + Sprecher

Protokoll